



PM

Anhörung und Studie zeigen: Sprachkitas müssen bleiben

„Die Ergebnisse der Anhörung und des IQB-Bildungstrends unterstreichen deutlich: wir brauchen die Fortführung des Sprachkita-Programms dringender denn je und können uns im Sinne der Kinder keine Einbußen durch die geplante Ampel-Lösung leisten!“ Damit kommentiert die Bundestagsabgeordnete Anne Janssen die öffentliche Anhörung, die zu Beginn dieser Woche zum KiTa-Qualitätsgesetz im Deutschen Bundestag stattfand. Zeitgleich erschien außerdem die aktuelle Studie „IQB Bildungstrend 2021“, die zum Beispiel Viertklässlern einen deutlichen Kompetenzverlust in Deutsch und Mathe, auch aufgrund mangelnder Sprachkompetenzen bescheinigt.

„Das Programm heißt nicht umsonst „Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“. Zuhören, verstehen, sich ausdrücken, auch über eigene Schwierigkeiten – all das können Kinder immer weniger und ihre Chancen, sich einen Platz in der Welt zu schaffen, sinken. Gleichzeitig stampft die Ampel ein über Jahre bewährtes Programm ein, das genau hier ansetzt und lässt sich weder von flehenden Fachkräften noch Studien erweichen.“, so Anne Janssen.

Seit 2016 fördert das BMFSFJ mit dem Bundesprogramm die sprachliche Bildung als Teil der Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung und hat es seitdem zum Beispiel mit der Ergänzung des Teilbereichs „Digitale Medien“ weiterentwickelt. „Seit der Ankündigung, dass das Programm in das neue KiTa-Qualitätsgesetz „einfließen“ soll, setzt die CDU/CSU-Fraktion sich für einen Erhalt ein und steht damit an der Seite der rund 6.900 Sprachkitas. Das ist etwa jede achte Kita in Deutschland, die derzeit darum bangen muss, dringend notwendige Unterstützung nicht mehr zu erhalten. Das sind auch etwa 7.500 zusätzliche Fachkräfte, die sich mindestens Gedanken über ihre Zukunft machen (müssen) und am Ende vielleicht gar nicht mehr zur Verfügung stehen, weil sie einen neuen Job haben. Trotzdem wird geschoben und gezögert.“, macht Janssen ihre Kritik deutlich. „Ich sage das zusammen mit meinen FraktionskollegInnen fast schon gebetsmühlenartig immer wieder, die betroffenen Kitas machen mit Aktionsbündnissen auf sich aufmerksam – es ist zum Verzweifeln. Hinzu kommt, dass für eine Unterstützung im Rahmen des neuen Gesetzes neue Anträge und neue Verfahren erforderlich sind, das alles womöglich dann wieder unter Zeitdruck, bis dahin Übergangslösung, Übergangslösung, Übergangslösung. Ich kann nur hoffen, dass wir diese wichtige Arbeit und die dazugehörigen Fachkräfte nicht an andere Stellen verlieren. Das können wir uns nicht leisten!“